

Greifswald, 18.09.2009



Piratenpartei Kreisverband „Region Greifswald“

Pressemitteilung

Senatsvorsitzende der Universität droht wegen Twitter das W-LAN ausschalten zu lassen – Piratenpartei fordert: Mehr Transparenz in der Hochschulpolitik!

In der Mittwoch-Sitzung des Senats der Universität Greifswald - dem höchsten Gremium der universitären Selbstverwaltung - kritisierte die Vorsitzende den studentischen Senator Sebastian Jabbusch (26, Mitglied der Piratenpartei).

Der Student habe direkt aus öffentlicher Sitzung heraus getwittert¹ und damit eine angebliche „Vertraulichkeit“ der „hochschulöffentlichen“ Sitzung verletzt, da deren Inhalte nun „weltöffentlich“ wären. Sollte der Student dieses Verhalten fortsetzen, werde sie das W-LAN im Raum abschalten lassen. Auch Störsender um den Handyempfang zu stören, schloss sie nicht aus.

Angesichts der Harmlosigkeit der transportierten Inhalte hält der Betroffene die Vorwürfe für haarsträubend:

1. „Ich habe zu keinem Zeitpunkt aus der Nicht-Öffentlichen Sitzung berichtet. Das kann man ganz einfach nachprüfen – was ich schreibe ist ja öffentlich.
2. Ich habe gerade einmal die Einrichtung bzw. die Zusammensetzung der Arndt-Kommission getwittert, da es hier in meinem Freundeskreis nach der Vollversammlung ein erhebliches Interesse gab.
3. Ich habe niemanden wörtlich zitiert oder den „Verlauf“ der Sitzung dokumentiert. Fünf Meldungen mit einer Länge von je 140 Zeichen sind keine Berichterstattung.
4. In der besagten Sitzung war auch die Chefredaktion des Greifswalder Onlinemagazin webMoritz.de anwesend. Sie haben ebenfalls live über die Kommissionszusammensetzung via Twitter berichtet. Das auch dem webMoritz jetzt die Liveberichterstattung verboten werden soll, ist neben den bisherigen Eingriff in meine Meinungsfreiheit, dann auch ein Eingriff in die Pressefreiheit.“

Auf dem gestrigen Stammtisch des Piraten-Kreisverbandes stieß die Drohgebärde der Senatsvorsitzenden auf Unverständnis und Missbilligung.

¹ Twitter ist ein Internet-Kommunikationsdienst, um mit Familie, Freunden und Bekannten im ständigen Kontakt stehen zu können.

Die einstimmige Forderung: Statt den Senatoren die Ausübung ihrer Informationspflichten zu erschweren (Nach § 13 II S. 1 der Universitätsgrundordnung sollen die Mitglieder der Gremien in „regelmäßiger und in angemessener Weise über die Arbeit und die Beschlüsse der Gremien“ die „Universitätsöffentlichkeit“ informieren), sollten die Vorsitzende Bestrebungen mehr Transparenz in die Hochschulpolitik zu bringen, unterstützen.

„Dieses Verhalten bestärkt uns auch hochschulpolitisch aktiv zu werden. Mehr Transparenz, eine unserer Kernforderungen, soll nicht nur bei der Wahl am 27.9. in den Bundestag kommen, sondern auf allen Ebenen der Politik durchgesetzt werden!“, so Tristan Varbelow, Vorsitzender des Kreisverbandes Region Greifswald: „Die Gründung der Hochschulpiraten ist schon für Oktober 2009 geplant.“

Sebastian Jabbusch kündigt an, jetzt erst Recht aus dem Senat zu twittern:
www.twitter.com/sebJabbusch.

Juristische Zusatzinfos:

Dass über das Internet auch Personen mitlesen, die nicht Mitglieder der Universität sind, sei kein Grund dieses Medium nicht zu verwenden, sagte Prof. Matschke – damals noch Senatsvorsitzender - in einer ähnliche Debatte im Mai 2008 (Brief siehe Anhang):

„Zusammenfassend stelle ich fest, daß weder aus dem Grundsatz der Hochschulöffentlichkeit noch der Vertraulichkeit eine „Abschottung(spflicht)“ in bezug auf die Gremienarbeit herzuleiten ist. Auch aus der Hochschulöffentlichkeit sowie der Vertraulichkeit ergeben sich Informationspflichten für [...] die Gremienmitglieder, die auf unterschiedliche Weise wahrgenommen werden können. Weder aus dem LHG noch der Grundordnung oder der Geschäftsordnung läßt sich die Art der Wahrnehmung in standardisierter Weise herleiten. Es gibt kein Informationsmonopol in bezug auf die Universität. [...]

Auch die Informationskanäle können unter Zweckmäßigkeitsgesichtspunkten ausgewählt werden. Dies kann eine Universitätszeitung, ein Studentenmagazin, dies können Rundmails oder Flugblätter, aber auch moderne Medien sein. Es ist weder aus der Sache heraus erforderlich noch praktisch möglich, den Zugang zu Informationen vollständig auf den eigentlichen Adressatenkreis zu begrenzen“

Rechtsanwalt Prof. Dr. Ernst Fricke (Professor für Verwaltungsrecht an der Hochschule Neubrandenburg) bestätigte Prof. Matschkes Ausführungen zur Transparenz:

„Aus der Sicht demokratisch legitimierter Staatlichkeit ist die prinzipielle Öffentlichkeit von demokratisch verfassten Gremien unabdingbar. Nur so werden die Wähler und die Öffentlichkeit in die Lage versetzt, sich an der politischen Diskussion zu beteiligen. [...] Insoweit hoffe ich, dass [Herr Jabbusch] in Zukunft in Ruhe und ungestört [seiner] demokratisch legitimierten Informationsaufgabe nachkommen kann.“

Für weitere Informationen steht Ihnen Tristan Varbelow als Vorsitzender des Kreisvorstandes (0176 / 83189815 oder per Mail unter presse@qu0te.de) zur Verfügung.

Die Piratenpartei wurde in Deutschland 2006 gegründet. Der Landesverband MV folgte am 21. Juni 2009, der Kreisverband „Region Greifswald“ am 3. September 2009. Die Piraten setzen sich für freien Wissensaustausch, besseren Datenschutz, mehr Informationsfreiheit, mehr direkte Demokratie und freie Bildung ein. Mehr Infos gibt es unter www.piraten-mv.de.